



Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

6. September 2011

Nr. 2011-544 R-750-18 Parlamentarische Empfehlung Armin Braunwalder, Erstfeld, zu "Nationales Ersatzprogramm für Elektroheizungen"; Antwort des Regierungsrats

I. Ausgangslage

Am 25. Mai 2011 reichte Landrat Armin Braunwalder mit Zweitunterzeichner Toni Bunschli, eine Parlamentarische Empfehlung für ein "Nationales Ersatzprogramm für Elektroheizungen" ein. Mit dem Vorstoss wird dem Regierungsrat empfohlen, im Rahmen der schweizerischen Energiedirektorenkonferenz einen Vorschlag für ein nationales Ersatzprogramm für Elektroheizungen zuhanden des Bundesrats einzubringen. Der Vorschlag soll sich an den Eckpunkten dieser Empfehlung orientieren.

Gemäss Landrat Braunwalder gilt es zu beachten, dass in den 70er und 80er Jahren stromintensive Elektroheizungen von den Stromversorgern durch Subventionen und speziell tiefe Stromtarife massiv gefördert wurden. Heute werden in der Schweiz rund 200'000 Gebäude mit Elektroheizungen beheizt. Dass Besitzer von Elektroheizungen bereit seien, auf weniger stromintensive Heizsysteme umzusteigen, habe ein Ersatzprogramm bewiesen, das im Rahmen des Stabilisierungsprogramms des Bundes 2009 lanciert wurde. Die bewilligten Förderbeiträge von 10 Millionen Franken waren innert Monaten ausgeschöpft. Rund 1'300 Ersatzgesuche wurden bewilligt, mit einem mittleren Förderbeitrag von rund 7'200 Franken. 2'100 Besitzer von Elektroheizungen gingen mit ihren Fördergesuchen jedoch leer aus, weil für das Programm kein Geld mehr vorhanden war.

Landrat Armin Braunwalder weist darauf hin, dass Uri zu den Kantonen mit der höchsten Dichte an Elektroheizungen gehört. Dafür würden rund 35 Millionen kWh durch Elektroheizungen verbraucht. Das seien mehr als 20 Prozent des Urner Verbrauchs an Winterstrom. Dieser grosse Stromverbrauch könnte halbiert werden, wenn Elektroheizungen durch weniger stromintensive Heizsysteme wie Wärmepumpen und Holzheizungen ersetzt würden, wenn möglich mit verbesserter Wärmedämmung der Gebäude und der Installation von

Warmwasserkollektoren zur Heizungsunterstützung.

Der Kanton Uri gehöre bei der Förderung des Ersatzes von Elektroheizungen zu den eher vorbildlichen Kantonen. Es zeige sich aber, dass die Förderbeiträge nicht die erforderliche Wirkung entfalten, weil sie schlicht zu tief seien. Insbesondere wenn es um den Ersatz von Einzelraum-Elektroheizungen ohne Wärmeverteilsystem geht, muss von Ersatzinvestitionen von weit über 50'000 Franken ausgegangen werden.

Gemäss Landrat Armin Braunwalder sei es darum höchste Zeit, dass die Kantone politischen Druck auf den Bund und die Stromversorger ausüben. Der Regierungsrat soll daher im Rahmen der Energiedirektorenkonferenz einen Vorschlag an den Bundesrat einbringen mit dem Ziel, ein nationales Ersatzprogramm für Elektroheizungen zu starten. Die Eckwerte eines solchen Bundesprogramms sollten folgende Punkte umfassen:

- Die kantonalen Förderbeiträge für den Ersatz von Elektroheizungen werden durch das Bundesprogramm um mindestens 50 Prozent erhöht.
- Massgebend für die Beiträge des Bundesprogramms an die Kantone sind die geltenden Förderprogramme der Kantone: Je höher die Förderbeiträge der Kantone, desto höher der Anteil von Fördermitteln aus dem Bundesprogramm.
- Das Bundesprogramm differenziert, wie von den meisten Kantonen praktiziert, in Elektro-Zentralheizungen mit Wärmeverteilsystem (tiefere Förderbeiträge) und Elektro-Einzelraumheizungen ohne Wärmeverteilsystem (höhere Förderbeiträge).
- Die Mittel des Bundesprogramms werden auf jene Kantone mit der höchsten Elektroheizungsichte konzentriert (u. a. Uri, Wallis, Tessin, Graubünden und Bern.)
- Das Bundesprogramm verpflichtet die grossen Stromversorger (Axpo, Alpiq, BKW usw.) zur Mitfinanzierung eines nationalen Ersatzprogramms (mindestens 50 Prozent der nationalen Fördersumme).
- Das nationale Ersatzprogramm für Elektroheizungen wird vorerst auf zehn Jahre ausgelegt.

II. Antwort des Regierungsrats

Der Kanton Uri hat im Vergleich mit andern Kantonen eine hohe Anzahl von Elektroheizungen. Der damit verbundene Stromverbrauch hat merkliche Auswirkungen auf den Winterstromverbrauch im Kanton Uri. In einem kalten Winter werden bis zu 35 Millionen Kilowattstunden Strom allein für die Gebäudeheizung benötigt. Mit dem Ersatz der bestehenden Elektroheizungen durch ein weniger stromintensives System wie beispielsweise einer Wärmepumpe, könnte der Stromverbrauch mehr als halbiert werden. Der Ersatz von Elektrohei-

zungen ist daher auch einer der Schwerpunkte im kantonalen Förderprogramm Uri. Im Vergleich zu den andern Fördermassnahmen wird der Ersatz einer Elektroheizung mit etwas höheren Beiträgen unterstützt. Dies rechtfertigt sich mit der Tatsache, dass beim Ersatz einer Einzelspeicher-Elektroheizung nicht nur die Heizung ersetzt, sondern gleichzeitig auch ein komplettes Wärmeverteilsystem neu installiert werden muss. Die Erfahrung zeigt, dass Besitzer von Elektroheizungen sehr wohl auf ein anderes Heizsystem wechseln möchten, aufgrund der hohen Investitionskosten aber vielfach davon absehen müssen. Deutlich höhere Förderbeiträge würden hier mit Sicherheit eine grössere Wirkung erzielen.

Nach den verheerenden Ereignissen in Japan und dem in der Folge vom Bundesrat beschlossenen, schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie wurde auch die Energiestrategie 2050 des Bundes neu ausgerichtet. Unter den für die Umsetzung der Strategie vorgeschlagenen Massnahmen ist auch ein Förderprogramm zum Ersatz von Elektroheizungen und Elektroboilern vorgesehen. Eine rasche Umsetzung dieser Massnahme liegt auch im Interesse des kantonalen Förderprogramms und entspricht den Zielen der Gesamtenergiestrategie Uri. Die Parlamentarische Empfehlung rennt somit offene Türen ein. Es ist aber zu beachten, dass die im Vorstoss geforderte Konzentration der Bundesmittel auf einzelne Kantone aufgrund der Bundesgesetzgebung nicht möglich sein wird.

III. Empfehlung des Regierungsrats

Gestützt auf diese Ausführungen ist der Regierungsrat bereit, die Parlamentarische Empfehlung zu übernehmen und im Rahmen der Energiedirektorenkonferenz für eine rasche Umsetzung dieser Massnahme einzutreten.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Text der Parlamentarischen Empfehlung); Mitglieder des Regierungsrats; Rathauspresse; Standeskanzlei; Amt für Energie; Direktionssekretariat Baudirektion und Baudirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats

Standeskanzlei Uri

Der Kanzleidirektor

